

das Geschäftsgebaren der Beklagten geäußert und seine – des Klägers – eigenen Vorzüge durch Wissen und „Know how“ in den Vordergrund gestellt. Das Ganze gipfelt in der nach dem von ihm angefochtenen Abberufungs- und Einziehungsbeschluss vom 15.11.2010 verfassten Email an den Geschäftsführer der Beklagten vom 22.11.2010, in der er diesen unter Übersendung eines amtlichen Vordrucks zur Insolvenzanmeldung auffordert, Insolvenz anzumelden. Dabei schreckt der Kläger nicht vor persönlichen Beleidigungen wie „Dummheit, Unwissenheit und Krankheit“ zurück. Zugleich bietet er sich auch dem Insolvenzgericht mit eigenem technischen Fachwissen und rechtlicher Beratung an. Diese Email hat er nicht allein in dem gesellschaftsinternen Bereich belassen, sondern auch nach außen hin in den Rechtsverkehr gegenüber anderen Franchise-Nehmern und dem Bundesministerium für Umwelt zum Ausdruck gebracht. Dadurch hat er schwerwiegende, das Vertrauensverhältnis der Gesellschafter untereinander berührende Verfehlungen begangen.

Das Gericht war nicht gehindert, auch diese Email vom 22.11.2010 bei der Gesamtabwägung zu berücksichtigen, obwohl sie erst nach dem angefochtenen Abberufungs- und Einziehungsbeschluss gefasst und versandt worden ist und damit nicht Gegenstand des Ausschließungsbeschlusses vom 15.11.2010 war. Es ist zwar grundsätzlich unzulässig, Ausschlussgründe nachzuschieben, zu denen das Ausschließungsorgan noch nicht hat Stellung nehmen können; dies gilt jedoch nicht für solche später eingetretenen Umstände, die mit den für die Ausschließung maßgebenden Gründen eng zusammenhängen und nur noch den Tatbestand abrunden, von dem die Gesellschafterversammlung ausgegangen ist (vgl. BGHZ 60, 333, 336; BGH GmbHR 1991, 362 f.). So liegt es im vorliegenden Fall. Die Aufforderung zur Insolvenzanmeldung gibt nur dem Tatbestand der vorgeblich verfehlten Geschäftspolitik, der der Geschäftsführung der Beklagten von dem Kläger gemacht worden ist und der schon Gegenstand der Beschlusslage war, noch ein zusätzliches und größeres Gewicht.

In Anbetracht des Gesamtauftritts des Klägers, der sich in der Vielzahl seiner Emails nicht nur auf seine internen Vorwürfe zur Geschäftspolitik der Beklagten beschränkt hat, sondern diese auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat und damit der Beklagten erheblichen Schaden zugefügt hat, war davon auszugehen, dass ein gedeihliches Zusammenwirken der Gesellschafter nicht mehr zu erwarten ist. Vor diesem Hintergrund hätte auch eine etwaige Ausschlussklage hinreichende Aussicht auf Erfolg, selbst wenn man berücksichtigt, dass der